

**Bericht von der euro-afrikanischen Nicht-Regierungs-Konferenz
„Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“
am 30.6./1.7.06 in Rabat/Marokko**

Am 30.6./1.7.06 fand in Harhoura bei Rabat/Marokko eine euro-afrikanische NGO-Konferenz zu „Migrationen, Grundrechten und Bewegungsfreiheit“ statt. Anlass war eine Konferenz von Regierungsvertretern der EU und 27 afrikanischen Staaten zu „Migration und Entwicklung“, die am 10. und 11.7.06 in Rabat stattfand (siehe Presseerklärung vom 12.7.06 von Pro Asyl dazu – eine genauere Analyse wäre einen eigenen Artikel wert). Organisiert hatten die Gegenkonferenz Gruppen und Einzelpersonen des Netzwerks „migreurop“, vor allem aus Frankreich und Belgien, sowie Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen aus Marokko. Eingeladen wurden Organisationen aus Europa, Nord- und Subsahara-Afrika. Konferenzsprachen waren Französisch und (bei wenigen Beiträgen) Arabisch.

TeilnehmerInnen der Konferenz

Um eine gleichgewichtige Repräsentanz der Länder Europas, Nord- und Subsahara-Afrikas zu erreichen, wurde die TeilnehmerInnenzahl, die aus Kostengründen auf ca. 150 begrenzt werden musste, für jede Organisation auf ein bis zwei VertreterInnen beschränkt – mit Ausnahme der Organisationen subsaharischer Flüchtlinge in Marokko, die in großer Zahl anwesend waren. Aus Marokko waren außerdem Menschenrechtsorganisationen wie die AMDH (über deren Sekretariat die Organisation lief), sehr aktive attac-Gruppen und Universitätsdozenten vertreten. Aus anderen nordafrikanischen Ländern waren AktivistInnen aus Algerien, Tunesien und angeblich auch ein Vertreter der Menschenrechtsliga aus Libyen anwesend. Aus Subsahara-Afrika kamen Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, Unterstützungsvereinen für Familien und Opfer von Migration, entwicklungspolitischen Gruppen und Netzwerken für Schuldenstreichung und die Rechte von LandarbeiterInnen (alle aus frankophonen Ländern von Mauretanien über Senegal, Mali, Niger, Elfenbeinküste, Guinea, bis Kamerun und den beiden Kongos). Kontakte zu ihnen waren z.T. über das Polyzentrische Weltsozialforum (WSF) im Januar in Bamako entstanden, auf dem ein Aufruf zu internationalen Mobilisierungen gegen Lager, Externalisierung der Grenzkontrollen und für Bewegungsfreiheit zum nächsten WSF 2007 in Nairobi verabschiedet worden war. Aus Europa waren französische, belgische, niederländische, italienische und spanische Flüchtlings-, MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen vertreten. Aus Deutschland war ich (als Vertreterin von Pro Asyl und des Flüchtlingsrats Hamburg) die einzige außer zwei MitarbeiterInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die neben migreurop, oxfam, Caritas und einer belgischen Organisation die Konferenz mitfinanzierte.

Die Diskussionen auf der Konferenz

Bereits im Eröffnungsplenum wurde die afrikanische Perspektive in einer für mich in Deutschland ungewohnten Stärke und Entschlossenheit deutlich: Migration wurde von Subsahara-AfrikanerInnen u.a. als Folge einer gescheiterten „Entwicklungspolitik“ dargestellt, die immer mehr zu einer Kriegs- und Kollaborationspolitik mit Pseudo-Demokratien wird. „Man installiert die Armut – und dann wundert Ihr Euch, dass die Leute kommen?“ fragte z.B. ein Kongoleser, der als aktuelles Beispiel den Militäreinsatz von EU und zum ersten Mal auch Deutschland in seinem Land kritisierte.

„Europa schließt unsere Grenzen“ zitierte Thierno Ba eine Zeitungsüberschrift aus dem *Cotidien du Senegal*. Er kritisierte das Fehlen von Solidarität zwischen den afrikanischen Ländern: „Es gibt nicht ein weißes und ein schwarzes Afrika – es gibt nur ein Afrika!“, und dieses Afrika sei fähig, etwas zu leisten, wenn es sich zuerst einmal selbst respektiere statt sich an Europa zu verkaufen.

Auch ein marokkanischer Ökonom kritisierte, dass im Zuge der Politik der Externalisierung immer mehr afrikanische Regierungen sich bereit erklären, die Rolle des Gendarmen für Europa zu spielen. Die Forderung nach Bewegungsfreiheit müsse für alle gelten, nicht nur für das Kapital. Nötig seien auch ein Kampf gegen den Anstieg des Rassismus im Maghreb und eine Untersuchung der Ereignisse vom Herbst 2005 in Marokko, Ceuta und Melilla.

Mit einer Schweigeminute wurde der Toten an den Grenzen, in den Wüsten und im Meer gedacht. Bereits drei Tage nach unserer Konferenz kamen am Zaun von Melilla drei weitere Menschen zu Tode.

Claire Rodier, Präsidentin von migreurop, kritisierte u.a. die geschlossenen Lager und die Politik der „migration choisie“, d.h. die Tendenz, dass Europa sich die MigrantInnen, die es braucht, aussuchen will und für die andern die Grenzen dicht macht.

Fiston Massamba, ein kongolesischer Flüchtling in Marokko, stellte die unerträgliche Situation der MigrantInnen und Flüchtlinge in Marokko dar und betonte, Bewegungsfreiheit sei ein Grundrecht und die enormen Geldtransfers der MigrantInnen in Europa trügen zur Armutsbekämpfung in ihren Herkunftsländern bei. Von mehreren TeilnehmerInnen wurde Migration als etwas Normales in der Geschichte der Menschheit dargestellt.

Am Nachmittag wurde dann in vier „thematischen Versammlungen“ diskutiert, u.a. zu Grundrechten, Bewegungsfreiheit und Rehabilitierung des Asylrechts, zur Sicherheitspolitik und ihren Konsequenzen, zur Entwicklung und Aufteilung des Reichtums, zu Aufnahme- und Integrationspolitik und den Rechten der ArbeitsmigrantInnen.

In meiner Arbeitsgruppe ging es zunächst um die Frage „Welche Bewegungsfreiheit wollen wir?“ Mit Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde die Freiheit, sein Land zu verlassen und demzufolge auch, sich in einem anderen Land niederzulassen, als Grundrecht definiert. Vor Einführung der Visapflicht war es für AfrikanerInnen üblich, dass jeweils einer aus der Familie für eine bestimmte Zeit nach Europa ging und später durch einen anderen ersetzt wurde – heute ist das kaum noch möglich, und die Beantragung eines Visums (das meist abgelehnt wird) ist zu einer Geldfrage geworden. Im Gegensatz dazu sehen es EuropäerInnen als ihr selbstverständliches Recht, überall hinzureisen, zu arbeiten, Häuser zu kaufen und die Reichtümer der Länder Afrikas auszubeuten. Gegen diese Ungleichheit wurde die Abschaffung aller Visa für den kurzzeitigen Aufenthalt gefordert – auf der Basis einer „positiven Gegenseitigkeit“, statt, wie auch von einigen gefordert wurde, ein Visum für ganz Afrika auch für EuropäerInnen. Als Perspektive wurde von vielen die Abschaffung aller Visa bzw. die Einführung eines „globalen Passes“ und Öffnung aller Grenzen gefordert.

Im zweiten Teil der Diskussion, in der es u.a. um die Aushöhlung des Asylrechts ging, kam insbesondere von kongolesischen und ivorischen Flüchtlingen in Marokko heftige Kritik am dortigen UNHCR. Die meisten dieser Flüchtlinge haben zwar wegen der Bürgerkriegssituation in ihren Ländern Papiere vom UNHCR bekommen, die ihnen den Flüchtlingsstatus zuerkennen - im Gegensatz zu Flüchtlingen/MigrantInnen z.B. aus Mali, Senegal, Gambia u.a., die bereits massenhaft abgeschoben wurden. Aber zum einen interessieren diese Papiere die marokkanischen Behörden nicht und werden bei Razzien und Kontrollen einfach zerrissen und die Betroffenen festgenommen und mit Abschiebung bedroht. Zum anderen erhalten die Flüchtlinge keinerlei materielle Unterstützung, müssen in überbezahlten, heruntergekommenen Häusern oder auf der Straße vom Betteln, Müll oder Prostitution leben, bekommen keine Arbeit, Behandlung bei Krankheit wird ihnen verweigert, und sie sind mit immer stärker werdendem Rassismus auch in der Bevölkerung konfrontiert. Die Flüchtlinge beklagen, dass der UNHCR ihnen weder juristische noch physische Sicherheit garantiert und die MitarbeiterInnen des Büros, die über Überforderung klagen, auch nicht gewillt seien, das zu tun. Stattdessen schlugen sie vor, mit Geld vom UNHCR am 20.6. ein Fest zum „Tag des Flüchtlings“ zu organisieren, was die Flüchtlinge empört ablehnten und forderten, von diesem Geld lieber Kranke zu behandeln.

Die Wut der Flüchtlinge auf den UNHCR äußerte sich sowohl auf der Konferenz gegenüber einem ehemaligen Mitarbeiter, der die mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung des UNHCR-Büros angesichts von inzwischen ca. 10.000 Flüchtlingen in Marokko darstellte, als auch bei einer Protestaktion in Rabat, die fast einen Monat nach der Konferenz stattfand: Flüchtlinge belagerten seit dem 24.7.06 anlässlich der Anwesenheit eines Vertreters aus Genf das UNHCR-Büro und 27 besetzten kurzzeitig die Kathedrale von Rabat, aus der sie von Polizei brutal geräumt wurden. Sie fordern ihre Anerkennung als Flüchtlinge und angesichts der Unmöglichkeit einer Integration in Marokko die Aufnahme in Drittländern (siehe Artikel unten).

Manifest, Pressekonferenz und Sit-in vor dem Parlament

Am zweiten Tag unserer Konferenz wurde ein Manifest verabschiedet (siehe unten), in das von den BerichterstellerInnen jeder „thematischen Versammlung“ die Ergebnisse eingebracht worden waren. Trotzdem gab es im Abschlussplenum noch heftige Auseinandersetzungen darüber, ob Änderungsvorschläge gleich eingearbeitet und noch von allen abgestimmt werden sollten. Aus Zeitgründen wurde die Überarbeitung einer Redaktionsgruppe übertragen. Ein Komitee zur Fortsetzung der Zusammenarbeit wurde gegründet.

Am Nachmittag fand eine Pressekonferenz statt, auf der (vor leider nur wenigen JournalistInnen) die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, das Manifest und die unhaltbare Situation der MigrantInnen und Flüchtlinge in Marokko dargestellt wurden. Immerhin wurde in Marokko in einigen Zeitungen über unsere Konferenz berichtet.

Gegen 19.30 Uhr versammelten wir uns mit mehr als 100 TeilnehmerInnen zu einer lautstarken, internationalen Kundgebung vor dem Parlament, das als Ort ausgewählt wurde, weil dort auch die Regierungskonferenz stattfand und weil es sich an einer insbesondere abends von vielen EinwohnerInnen Rabats besuchten Flaniermeile befindet. Eine Woche zuvor wurden am selben Ort bei einer Kundgebung marokkanischer GewerkschafterInnen Moustapha Laarej, ein Gewerkschaftssekretär, von der Polizei getötet, 17 Gewerkschafter verletzt und 30 festgenommen. Unsere Kundgebung blieb - wohl wegen der Teilnahme vieler EuropäerInnen - von der Polizei unbehelligt. Für den 10.7. hat die marokkanische Menschenrechtsorganisation AMDH ebenfalls zu einer Kundgebung vor dem Parlament aufgerufen. Unsere Konferenz beschloss, dass am selben Tag

in möglichst vielen Ländern Aktionen gegen die EU-AU-Konferenz stattfinden sollen. (In Hamburg fand bereits am 8.7. eine kleine Aktion mit Straßentheater gegen Auslagerung und einem Redebeitrag zu Rabat statt).

Auf unserer Konferenz wurde auch dazu motiviert, den Aufruf zu einem transnationalen Aktionstag zu Migration, der auf dem Europäischen Sozialforum (ESF) in Athen beschlossen wurde, zu unterstützen und Aktionen in möglichst vielen europäischen und afrikanischen Ländern zu organisieren. Inzwischen haben über 25 Organisationen aus Afrika und ein paar mehr aus Europa diesen Aufruf unterzeichnet. Der Aufruf ist in mehreren Sprachen auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de zu finden (unter dem ESF-Datum 4.-7.5.06 und unter dem Datum 15.8.06).

Aktionen am 7.10. sind eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen Gruppen in Europa und Afrika gegen die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen sind durch die Konferenz viele persönliche Kontakte entstanden, die auch in der Zukunft zu einem fruchtbaren Austausch und evtl. weiteren gemeinsamen Aktivitäten führen können.

Conni Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg und nolager-Netzwerk
Kontakt: conni.gunsser@sh-home.de und 0173-4108642

PRO ASYL

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Presseerklärung

12. Juli 2006

Konferenz in Rabat: Flucht- und Migrationsabwehr gegen Geld **PRO ASYL: Der neue „Eiserne Vorhang“ wird engmaschiger – das Sterben geht weiter**

Die Europäische Union und 27 afrikanische Staaten haben sich in der marokkanischen Hauptstadt Rabat auf Maßnahmen zur Flucht- und Migrationsabwehr verständigt.

Der Aktionsplan sieht verstärkte gemeinsame Grenzpatrouillen, sogenannte Interventionstruppen, bessere Polizei- und Geheimdienstkooperationen zwischen europäischen und afrikanischen Staaten, effizientere Abschiebepraktiken etc. vor. Die Flüchtlingsabwehr auf dem afrikanischen Kontinent wird künftig mit erhöhten EU-Finanzmitteln ausgestattet. Das Sterben auf dem Weg nach Europa geht weiter, nur werden einige Dramen nach dieser Konferenz aus dem europäischen Blickfeld geraten.

Der in Rabat beschlossene Aktionsplan macht Transitstaaten zu mehr oder weniger gut bezahlten Türstehern Europas. Er wird aber nicht die Fluchtursachen beseitigen, sie nicht einmal ernsthaft angehen. Der Aktionsplan enthält Lippenbekenntnisse, eröffnet aber keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten nach Europa. Die unfairen Handelsstrukturen zwischen Europa und Afrika bleiben unangetastet.

Der Aktionsplan gibt keine Antwort, wie Flüchtlinge lebend das europäische Territorium erreichen können.

Abgesehen von der üblichen allgemeinen Menschenrechtsrhetorik werden die täglichen Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen ausgeblendet.

Die Todesschüsse an der spanisch-marokkanischen Grenze am 3. Juli dokumentieren: Flüchtlinge und Migranten ertrinken nicht nur auf dem Weg nach Europa, sondern immer wieder wird scharf geschossen am neuen „Eisernen Vorhang“ zwischen der Europäischen Union und Afrika.

Von einer „Partnerschaft mit Afrika“ kann nicht die Rede sein, solange Menschenrechtsverletzungen und die Toten vor den Toren Europas billigend in Kauf genommen werden.

gez. Karl Kopp
Europareferent

Euro-afrikanisches Nicht-Regierungs-Manifest zu Migrationen, Grundrechten und Bewegungsfreiheit

Wir, Akteurinnen und Akteure von Zivilgesellschaften Subsahara-Afrikas, Nordafrikas und Europas, versammelt zur euro-afrikanischen Nicht-Regierungs-Konferenz am 30. Juni und 1. Juli 2006 in Rabat, entrüstet über den Krieg gegen MigrantInnen, der sich verstärkt von Jahr zu Jahr entlang den Mittelmeer- und Atlantik-Küsten, lehnen die Aufteilung der Menschheit in diejenigen, die sich frei auf dem Planeten bewegen können, und diejenigen, denen das verboten ist, ab. Wir lehnen ebenso ab, in einer Welt zu leben mit mehr und mehr militarisierten Grenzen, die unsere Kontinente teilen und jede Gruppe von Ländern in eine Festung verwandeln wollen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Respektierung dieses grundlegenden Rechts, das die Bewegungsfreiheit ist, was ausgedrückt wird im Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, eine Bedingung und Voraussetzung ist für die Wahrnehmung anderer Grundrechte, und dass Artikel 13, der als ein Grundrecht formuliert, sein Land verlassen zu können, notwendigerweise bedeutet, sich in einem anderen Land niederlassen zu können;

In Anbetracht der Tatsache, dass die aktuellen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nur diejenige der Ärmsten beschränken und nicht nur den Anstieg an Macht von ausländerfeindlichen Nationalismen widerspiegeln, sondern auch die Angst der Eliten vor den benachteiligten Bevölkerungsgruppen;

In Anbetracht der Tatsache, dass – im Gegensatz zu vorgefertigten Meinungen und wie es die UNCTAD in ihrem Bericht von 2004 festgestellt hat – es immer noch Afrika ist, das Europa finanziert, während die Differenzen der Einkommen pro Einwohner zwischen Europa und Afrika weiter anwachsen;

In Anbetracht der Tatsache, dass die politischen Sicherheitsideologien glauben machen, dass Migrationen ein Problem und eine Bedrohung sind, während sie seit jeher ein natürliches Phänomen darstellen und dass sie, weit davon entfernt, ein Unheil zu sein für die entwickelten Länder, einen unschätzbaren ökonomischen und kulturellen Beitrag leisten;

In Anbetracht der Tatsache, dass die Sicherheitsmaßnahmen den Migrationsströmen, die durch vielfache Faktoren verursacht werden, kein Ende setzen werden, und dass die historischen Erfahrungen mit der Bewegungsfreiheit von Menschen gezeigt haben, dass diese weder die Souveränität noch die Sicherheit der Staaten beschränkt, die heute viel mehr bedroht werden durch die Bewegungsfreiheit des Kapitals;

In Anbetracht der Tatsache, dass die Respektierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ein Ziel bleibt, das verfolgt werden muss durch die Verabschiedung von Maßnahmen, die abzielen auf die Einführung der Bewegungsfreiheit und die Rehabilitation des Asylrechts auf der einen Seite und die effektive Respektierung des Rechts auf Entwicklung auf der anderen Seite;

Fordern wir:

- 1) den Verzicht auf die auf Sicherheit und Repression ausgerichtete Ideologie, an der sich heute die Migrationspolitiken orientieren, besonders auf die „Externalisierung“ des Asyls und der Grenzkontrollen, auf die Kriminalisierung von Migration, ebenso wie auf jedes ausländerfeindliche und diskriminierende Gesetz;
- 2) die Umarbeitung der Migrationspolitiken auf der Basis der Respektierung der Menschenrechte, einer wirklichen Gleichheit der Rechte aller Personen, die auf demselben Territorium leben, und eine sofortige Legalisierung aller MigrantInnen ohne Papiere;
- 3) die Entkriminalisierung des irregulären Aufenthalts und der Hilfe für Menschen, die zu so einer Art Aufenthalt gezwungen sind;
- 4) die Annullierung der Rückübernahmeabkommen für ausgewiesene Personen und das Aufgeben aller Verhandlungen in diese Richtung durch die Staaten;
- 5) die Abschaffung aller Visa für kurzen Aufenthalt, aller Behinderungen, ein Territorium zu verlassen, und die detaillierte und kontrollierte Rechtfertigung aller Verweigerung von Visa zur Niederlassung mit einer strikten Symmetrie der Ausstellungsbedingungen für AfrikanerInnen und EuropäerInnen für diese Art Visa;
- 6) die Schließung aller Orte der Inhaftierung und anderer Vorrichtungen zur Blockierung von Menschen an den Grenzen;
- 7) die Abschaffung aller Maßnahmen, die die Möglichkeiten zur Familienzusammenführung behindern;
- 8) die vollständige und ehrliche Anwendung aller internationalen Schutzinstrumente, um das Recht auf Asyl nicht auf eine simple Fiktion zu reduzieren;
- 9) die systematische Gewährung einer vollständigen Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit und des Schutzes für alle anerkannten Flüchtlinge auf der ganzen Welt;
- 10) die finanzielle und juristische Umgestaltung des UNHCR in einer Art, dass er effektiv die AsylbewerberInnen und Flüchtlinge schützt und nicht die Interessen der Regierungen, die ihn finanzieren;
- 11) die Ratifizierung der *Internationalen Konvention für die Wanderarbeiter und ihre Familien*, ihre Einarbeitung in die nationalen Gesetze, die Ratifizierung der Konventionen der ILO und besonders der Konventionen 143 und 97 ebenso wie ihre Umsetzung;

- 12) dass jede euro-afrikanische Verhandlung auf dem Prinzip der Gleichheit der Gesprächspartner beruht und dass die afrikanischen Führer, die so wenig die Interessen ihrer Bevölkerungen verteidigt haben, ihre Verantwortung voll übernehmen, ganz besonders indem sie die euro-afrikanischen Partnerschaftsabkommen in Frage stellen;
- 13) die Inkraftsetzung von Mechanismen der Ernährungssouveränität und die Abschaffung von Abkommen, die die Zukunft der afrikanischen Landwirtschaft mit einer Hypothek belasten;
- 14) die Abschaffung der Auferlegung von Bedingungen an die afrikanischen Länder in den internationalen Verhandlungen, und insbesondere die der vertraglichen Weitervergabe von Arbeit beim Kampf gegen Migrationen;
- 15) die bedingungslose Annullierung der Schulden der Länder des Südens ebenso wie die Rückführung ihrer Guthaben auf ausländischen Banken.

Rabat, 1. Juli 2006

Bisher unterzeichnet von Organisationen aus Algerien, Belgien, Benin, Deutschland, Elfenbeinküste, Frankreich, Guinea, Italien, Kamerun, Kanada, Kongo (Demokrat. Republik), Kongo (Brazzaville), Libyen, Luxemburg, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Niederlande, Senegal, Spanien, Tunesien sowie europäischen und Nord-Süd-Netzwerken wie Migreurop, Euromed und Nord/Sud XXI

Weitere Unterzeichnungen an: conferencemigrations@gmail.com

Liebe FR-Leute und Umfeld sowie befreundete Presse,
als Ergänzung meines Berichts von der Konferenz in Rabat leite ich Euch diese Meldung aus Marokko weiter, die Gisela aus dem Spanischen übersetzt hat. Falls jemand Kontakt aufnehmen bzw. eine Solidaritätserklärung schicken will: Ich bekam die mail von las pateras de la vida
<pateras_vida@hotmail.com>

Gruß
Conni

27 FLÜCHTLINGE ERBITTEN SCHUTZ IN DER KATHEDRALE VON RABAT IN MAROKKO

Auf der Flucht vor der marokkanischen Polizei schafften es 27 Flüchtlinge sich in den Räumen der Kathedrale einzuschließen. 48 blieben draußen als der Verantwortliche der katholischen Kirche vor dem Rest die Tür zuschloß.

Die Situation entfesselte sich am Morgen des 24. Juli, als die Mehrheit der 350 vom UNHCR anerkannten Flüchtlinge vor den Gebäuden des Büros der Vereinten Nationen in Rabat demonstrierten. Die Entscheidung für diese Demonstration wurde getroffen wegen der Anwesenheit einer Vertretung des Flüchtlings - Hochkommissariats der Vereinten Nationen aus Genf in der marokkanischen Hauptstadt.

"Wir wussten, dass Verantwortliche aus Genf kämen und wir wollten Ihnen unsere Hoffnungslosigkeit zeigen, damit sie verstünden, dass wir wie Tiere leben und dass dieses Land nicht in der Lage ist unsere Recht als Flüchtlinge zu respektieren und dass der UNHCR Marokko nicht in der Lage ist, auf unsere Umstände und Bedürfnisse einzugehen. Wir sind verzweifelt und bereit alles mögliche zu machen. Es gibt schon viele von uns die weggegangen sind oder die versucht haben mit einem Boot wegzukommen, weil wir nicht mehr können. Es sind Monate der Versprechungen, Monate der

Abschiebungen, Monate des Hungerns oder der Obdachlosigkeit. Monate in denen man zusieht, wie unsere Frauen sich prostituieren um essen zu können - stell Dir eine Flüchtlingsfrau vor, die sich zu prostituieren gezwungen sieht und was mit ihren Kindern geschieht. Die Flüchtlingskinder leben im Elend ohne Schutz ihrer Rechte und sind verletzbar für alle Arten von Mißbrauch einschließlich sexuellem. Wir erbitten den Schutz des Vatikans oder einer anderen internationalen Körperschaft, welche uns gegen alle diese Aggressionen verteidigen kann." erklärt ein vom UNHCR Marokko anerkannter Flüchtling.

In der Nacht ließ der Verantwortliche der Kathedrale, ein Priester der katholischen Kirche, die marokkanischen Polizisten auf das Gelände eintreten um die Flüchtlinge zu entfernen. Die Polizisten gingen gewaltsam gegen den Widerstand der Eingeschlossenen vor und brachten ihnen Verletzungen unterschiedlicher Schweregrade bei. Es wurden sogar Frauen verletzt, die Babys auf ihrem Arm trugen.

Die Situation war tatsächlich seit Monaten angespannt. Die Flüchtlinge forderten lautstark Beistand und das Recht auf ihre Aufnahme in einem Drittland. Ein Recht, welches in der Genfer Konvention anerkannt ist, wenn in dem Land, in dem der Flüchtling den Flüchtlingsstatus erhalten hat, keine würdige Eingliederung möglich ist.

Unter den Vorwürfen der Flüchtlinge, die in der Mehrheit aus der Elfenbeinküste und dem Kongo kommen, gibt es folgende:

Ein Flüchtling in Marokko hat weder Recht auf Aufenthaltspapiere (Tarjeta de residencia) noch Zugang auf öffentliche Dienstleistungen und auf Arbeit.

Der Flüchtlingsstatus verhindert nicht die Abschiebung an die algerische Grenze.

Es gibt anerkannte Flüchtlingsfrauen, die durch ihre Situation gezwungen sind der Prostitution nachzugehen um für sich und ihre Kinder zu sorgen. Die Kinder der Flüchtlingsfrauen haben keinen Zugang zu grundlegenden Menschenrechten wie Bildung und Gesundheit.

Der UNHCR ist angesichts dieser Situation nicht in der Lage die Kosten für die Unterbringung der am meisten verletzbarsten Personen, wie vergewaltigte Frauen, Verstümmelte, Frauen mit Säuglingen, Minderjährige, Behinderte zu decken. Was dazu führt, dass hauptsächlich Mädchen, in die Fänge von Menschenhändler Netzen geraten.

Die Rolle des UNHCR's wird weder von den öffentlichen Einrichtungen respektiert noch von den marokkanischen Behörden anerkannt.

In Marokko werden die Flüchtlinge afrikanischer Herkunft als gemeine Illegale betrachtet und wir erdulden einen starken sozialen und institutionellen Rassismus.

Die minderjährigen Flüchtlinge haben keine Art von Schutz und erleiden andauernd Mißbräuche. Die Flüchtlinge fordern:

WIR FORDERN DIE ANERKENNUNG UNSERER RECHTE ALS FLÜCHTLINGE

WIR FORDERN DIE ÜBERNAHME UNSERER GRUNDLEGENDEN BEDÜRFNISSE DURCH DEN UNHCR MAROKKO ANGESICHTS DER UNMÖGLICHKEIT UNS IN DIE MAROKKANISCHE GESELLSCHAFT EINZUGLIEDERN

WIR FORDERN UNSER RECHT AUF AUFNAHME IN DRITTLÄNDERN

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE AUFNAHME VON MINDERJÄHRIGEN UND FRAUEN; DA WIR SIE ALS DIE VERWUNDBARSTEN FÄLLE DER ANDAUERNDEN MIßBRÄUCHE IN DIESEM LAND BETRACHTEN

WIR ERBITTEN DEN SCHUTZ VON INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN UND ANDEREN LÄNDERN ANGESICHTS DER UNFÄHIGKEIT DES UNHCR'S MAROKKO UNS ZU BESCHÜTZEN